

Yu-Hsu Nieh

Serie von politischen Beben in Taiwan

Niedergang des Li Denghui-Mythos

Die politische Landschaft Taiwans wurde in letzter Zeit durch eine Reihe von Ereignissen erdbebenartig erschüttert. Die Ära Li Denghuis (Lee Teng-hui, 74), Staatspräsident und Parteivorsitzender der Regierungspartei KMT (Kuomintang), nähert sich dem Ende. Neue Machtkämpfe der sogenannten „mittleren Generation“ (*zhongshengdai*) um seine Nachfolge sind so gut wie programmiert oder haben bereits begonnen. Li, ursprünglich Professor für Landwirtschaft an der Universität Taiwan, galt früher als ein farbloser Politiker. Von 1984-1988 war er ein sehr unauffälliger Vizepräsident unter Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), übernahm aber nach dessen Tod im Januar 1988 das Präsidialamt. Nachdem er noch im selben Monat auch zum Parteivorsitzenden der KMT gewählt worden war, begann er eine „Säuberungswelle“. Mit der geschickten Taktik *yuqu guyu* (erst geben, um dann zu nehmen), d.h. zuerst Beförderung und dann Entlassung des potentiellen Gegners, hat er alle einflußreichen Vertrauten seines Vorgängers in Regierung, Partei und Armee entmachtet. Darüber hinaus baute er per Liberalisierung und Demokratisierung in der Innenpolitik sowie durch außenpolitische Offensiven sein Charisma auf.¹

In den vergangenen zwei Jahren machte sich Li Denghui auch weltweit einen Namen. Seine „private“ Reise in die USA im Juni 1995, die von Taiwan als Durchbruch aus der außenpolitischen Isolation und von Beijing als weiterer Schritt zur Spaltung des chinesischen Vaterlands bewertet wurde, löste neue militärische Spannungen in der Taiwan-Straße aus. Die Krise erreichte einen Höhepunkt im März 1996, als die erste direkte Präsidentschaftswahl in Taiwan und auch in der Geschichte Gesamtchinas stattfand. Um die Stimmen für die Unabhängigkeit Taiwans, d.h. gegen die chinesische Vereinigung, einzuschüchtern, hatte Beijing eine Reihe von Kriegsmanövern samt Raketenabschüssen in der Taiwan-Straße unternommen. Auf der anderen Seite standen die taiwanesischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft, und Washington schickte zwei US-Flugzeugträger, die „Independence“ und die „Nimitz“, so-

wie drei Atom-U-Boote in die Region. Nachdem Li trotz der Drohgebärden Beijings oder gerade deswegen mit einer deutlichen Mehrheit von 54% der abgegebenen Stimmen in seinem Amt als Präsident bestätigt worden war, haben zahlreiche ausländische Medien Exklusivinterviews mit ihm geführt. Die *Newsweek* brachte in ihrer Ausgabe vom 20. Mai zum zweiten Mal innerhalb zweier Monate Lis Foto auf der Titelseite und nannte ihn „Mr. Democracy“.²

Gleich nach dem Amtsantritt Lis als erster vom Volk direkt gewählter Präsident haben seine Anhänger begonnen, um den Sessel des Ministerpräsidenten zu kämpfen. Schließlich ließ er seinen engsten Protegé Lian Zhan (Lien Chan) das Amt weiterführen, obwohl dieser zum Vizepräsidenten gewählt worden war und Li während des Wahlkampfes zur Ausübung der beiden Ämter in Personalunion durch Lian nein gesagt hatte. Ferner wurden bei der Kabinettsumbildung mehrere reformfreundige und populäre Regierungsmitglieder entlassen. Besonders die Ablösung von Ma Ying-jiu (Ma Ying-jeou) als Justizminister stieß auf breites Unverständnis, weil er die notwendige Kampagne gegen die Korruption und die Unterwelt eingeführt hatte.

Bei der Amtseinführung des neuen Kabinetts im Juni 1996 verlangte Präsident Li Denghui von den Ministern, innerhalb eines halben Jahres Erfolge vorzulegen.³ Doch bereits ein Jahr danach lassen die Leistungen fast aller Ressorts zu wünschen übrig. In der Außenpolitik hat Südafrika als wichtigster Verbündeter Ende November des vorigen Jahres angekündigt, seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan am 31. Dezember d.J. abzubrechen und anschließend am 1. Januar des kommenden Jahres Beijing anzuerkennen. Am 6. Mai d.J. hat Taiwan im diplomatischen Kampf mit Beijing zwar Sao Tome und Principe, einen armen und kleinen Inselstaat im Westafrika, gewonnen, doch am 23. desselben Monats wurden die diplomatischen Beziehungen zum karibischen Inselstaat Bahamas infolge deren Anerkennung der VR China abgebrochen. In der Taiwan-Straße ist die Lage zwar inzwischen entspannt, allerdings weigert sich Beijing bislang immer noch, die nach Li Denghuis USA-Reise unterbrochenen Verhandlungen mit Taiwan wieder aufzunehmen. Ferner verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. In der Innenpolitik nahm die Anzahl schwerer Verbrechen trotz der Fortsetzung der Aktion gegen die Unterwelt zu. Am 21. November des vorigen Jahres wurden der Kreisregierungschef von Taoyuan, Liu Bangyou (Liu Pang-yu), und acht weitere Personen in dessen Residenz massakriert. Am 30. desselben Monats wurde eine Politikerin der größten Oppositionspartei, Peng Wanru (Peng Wan-ju), in Kaohsiung vergewaltigt und ermordet. Während diese Fälle immer noch nicht geklärt werden konnten, hat die Entführung der Tochter einer sehr populären Entertainerin, Bai Bingbing (Pai Ping-ping), am 14. April d.J. die Gesellschaft erschüttert. Die Kidnapper hatten 5 Mio. US\$ Lösegeld verlangt. Infolge der schlechten Organisation durch die Polizei hat die Übergabe des Geldes nicht geklappt, und bei der Fahndung nach den Tätern passierte auch noch eine Reihe von Pannen. So konnten die Hauptverdächtigen fliehen. Später wurde die Leiche der entführten 17jährigen

²Nachdruck in ZYRB, 15.5.96. Die erste Titelseite der *Newsweek* mit Lis Bild erschien in der Ausgabe vom 1. April 1996, nachgedruckt in ZYRB, 14.5.96

³LHB, 11.6.96.

¹Ausführlich dazu siehe Yu-Hsi Nieh, „Das Profil von Li Denghui, Präsident der Republik China in Taiwan“, in C.a., 1996/6, S.612 ff.

Schülerin, Bei Xiaoyan (Pai Hsiao-yan), in einem Teich gefunden. Sie soll laut medizinischem Gutachten noch vor dem Versuch der Geldübergabe kaltblütig vergewaltigt und umgebracht worden sein.

Angesichts der zunehmenden Entführungsfälle - im letzten Jahr 140 und in den ersten drei Monaten d.J. 42 - machen sich viele Eltern Sorgen um ihre Kinder. Die Regierung geriet in die Kritik von allen Seiten, und die Opposition forderte den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Die Regierungsseite warf jedoch den Kritikern vor, den Entführungsfall zu politisieren. Präsident Li Denghui äußerte sogar, daß die Kritiker im Interesse Beijings handelten. Am 4. Mai veranstalteten über 100 Gesellschaftsorganisationen eine große Straßendemonstration gegen die arrogante Haltung der führenden Regierungspolitiker, an der rund 50.000 Menschen teilnahmen. Sie verlangten von Präsident Li, seine Schuld zu bekennen und das Kabinettt umzubilden.

Nachdem der Präsident den Rücktritt Lian Zhans von dessen Amt als Ministerpräsident abgelehnt hatte, sorgte der sehr populäre Politiker Ma Yingjiu für großes Aufsehen, als er am 8. Mai sein Amt als Minister ohne Portefeuille niederlegte. Gleichzeitig sagte er, daß er auch nicht bereit sei, für das Amt des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Taipei bei den kommenden Wahlen 1998 für die KMT zu kandidieren. Zur Begründung seiner Entscheidung äußerte er, er fühle als Kabinettsmitglied schmerzlich die Ohnmacht angesichts der Dekadenz politischer Moral, dem Machtmißbrauch für private Interessen, dem Ringen um Ruhm und der Schuldzuschiebung unter den Politikern auf der einen und dem zunehmenden Unmut in der Bevölkerung auf der anderen Seite.⁴

Die Regierungskrise

Die Verfassung der Republik China von 1947 sieht eine Mischform zwischen Parlamentarismus und Präsidialsystem vor. Gemäß Art. 53-57 wird der Ministerpräsident als Regierungschef vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Legislativ Yuan als Parlament ernannt (siehe jüngste Veränderung unten) und trägt auch diesem gegenüber die politische Verantwortung. Da in der Praxis der KMT-Vorsitzende bislang auch das Präsidialamt bekleidet - mit Ausnahme 1975-78 als Yan Jiagan (Yen Chia-kan) Präsident war - und die KMT über die absolute Mehrheit im Gesetzgebungs Yuan verfügt, besitzt der Präsident kraft seiner Befugnis zur Ernennung des Ministerpräsidenten die Regierungsmacht. Allerdings hat die Regierungspartei im gegenwärtigen Gesetzgebungs Yuan nur noch eine knappe Mehrheit. Als Lian Zhan im März 1996 zu Vizepräsidenten gewählt worden war, reichte er formell seinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten ein. Nachdem dies von Präsident Li Denghui abgelehnt worden war, verabschiedete der Gesetzgebungs Yuan am 11. Juni 1996 mit 80 gegen 65 Stimmen eine Resolution, in der eine Zustimmung des Hauses zum Verbleib Lians als Ministerpräsident gemäß der Verfassungsvorschrift gefordert wurde. Dabei haben nicht nur die Abgeordneten der Opposition, sondern auch ein Teil der Abgeordneten der Regierungspartei für die Resolution gestimmt. Neben der Zustimmungfrage ist

auch umstritten, ob der Vizepräsident überhaupt gleichzeitig auch noch das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden darf. Infolge des heftigen Widerstands kann Lian Zhan bislang über ein Jahr lang nicht zum Regierungsbericht und zu den politischen Debatten vor dem Parlament auftreten.

Auf vier Anträge zur Beilegung der letzten Frage von Abgeordneten der drei großen Parteien im Gesetzgebungs Yuan hin erließ die „Großrichter-Konferenz“ (*dafaguan huiyi*, Verfassungsgericht) am 31. Dezember des vergangenen Jahres eine doppelzüngige Verfassungsauslegung. Einerseits heißt es, daß die Vereinigung der beiden Ämter des Vize- und des Ministerpräsidenten in einer Person kein „deutlicher Verstoß“ gegen die Verfassungsvorschrift sei. Andererseits meinen die Verfassungsrichter, dies entspreche auch nicht dem Verfassungsgrundsatz im Hinblick auf die Einrichtung der beiden verschiedenen Posten. Daher fühlen sich beide Seiten, die Regierung und die Opposition, als Sieger.

Noch drei Tage vor dem Beschluß der „Großrichter-Konferenz“ hatte aber die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) am 28. Dezember auf einer parteiübergreifenden „Nationalen Entwicklungskonferenz“ (*guojia-fazhan huiyi*) der Regierungspartei KMT überraschend das Zugeständnis gemacht, das Zustimmungsrecht vom Legislativ Yuan bei der Ernennung des Ministerpräsidenten durch eine Verfassungsreform abzuschaffen. Als Gegenleistung kam die KMT dem Vorschlag der DPP entgegen, die Provinzregierung Taiwan „kaltzustellen“ (*dongsheng*), d.h. Einfrierung der Wahlen des Provinzgouverneurs, die erst zwei Jahre zuvor eingeführt worden war, und des -parlaments sowie Reduzierung der Befugnisse der Provinzregierung bis auf eine nominelle Rolle. Die DPP wollte immer die Provinz ganz abschaffen, um damit Taiwan als einen von China unabhängigen Staat zu deklarieren. Darüber hinaus wurde die Entmachtung der Provinzregierung allgemein als Folge des Machtkampfes zwischen Ministerpräsident Lian Zhan und dem Provinzgouverneur Song Chuyu (James C.Y. Soong) angesehen. Denn dieser war nach eigener Angabe zu dieser Entscheidung vorher nicht konsultiert worden. Aus Protest erklärte er am 31. Dezember seinen Rücktritt. Doch, um eine Nachwahl des Gouverneurs für die Restamtsperiode - bis Ende 1998 - zu vermeiden, weigerten sich Lian und Li, Songs Rücktritt zu genehmigen.

Leidenschaftlich gegen die „Kaltstellung“ der Provinz kämpft noch die NP (New Party), eine Splitterpartei der KMT. Sie hält an der Aufrechterhaltung der Einheit Chinas, also der chinesischen Wiedervereinigung, fest und bevorzugt darüber hinaus ein parlamentarisches Regierungssystem. Um den Konsens der KMT und DPP zu boykottieren, ist sie aus der Nationalen Entwicklungskonferenz ausgetreten. Ferner haben 2.000 Akademiker, einschließlich vieler bekannter Professoren für Rechts- und politische Wissenschaft, eine Erklärung gegen die Verstärkung der Präsidialgewalt unterschrieben.⁵ Auf der anderen Seite fand eine Gruppe innerhalb der DPP, die dem ursprünglichen Standpunkt der Partei für die Einführung eines Präsidialsystems nach dem Modell der USA treu bleibt, den Konsens der Nationalen Entwicklungskonferenz für die politische Reform nicht ausreichend. Eine Split-

⁴Ebenda, 9.5.97.

⁵LHB, 24.6.97.

terpartei aus der DPP, die TAIP (Taiwan Independence Party), die einen radikalen Kurs für die Gründung einer Republik Taiwan anstelle der Republik China vertritt, attackierte noch schärfer die Zusammenarbeit der DPP mit der KMT, da diese in der Chinapolitik gegenwärtig noch bei dem Prinzip „ein Staat, zwei politische Gebilde“ (*yiguo liangqu*) bleibt.

Mitte Mai d.J., als eine Reihe von Massendemonstrationen gegen die Regierung infolge der o.g. Entführung von Bei Xiaoyan ausbrachen, wurde das Kabinett zum Teil umgebildet. Innenminister Lin Fengzheng (Lin Fong-cheng) sowie noch einige andere mußten ihre Posten wechseln oder abgeben.⁶ Gleichzeitig erklärte Lian Zhan, nach der Verfassungsreform vom Amt des Ministerpräsidenten in Personalunion zurücktreten zu wollen. Auch Li Denghui versicherte öffentlich, daß er bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 nicht nochmals für das Amt kandidieren werde.⁷

Neue Verfassungsreform und Veränderung der politischen Landschaft

Infolge der Kritik in der Öffentlichkeit und des Widerstands innerhalb der eigenen Partei mußten KMT und DPP trotz des auf der Nationalen Entwicklungskonferenz erreichten Konsens beim Entwurf der Verfassungsänderungen wiederholt neu verhandeln. Schließlich, um in der Nationalversammlung die Verabschiedung der Anträge auf politische Reformen, über die sich beide Seiten verständigt hatten, zu sichern, soll die Regierung Zeitungsmeldungen zufolge diejenigen der zur eigenen Partei gehörenden Deputierten, die mit der „Kaltstellung“ der Provinzregierung nicht einverstanden waren, mit skandalösen Methoden wie z.B. Telefonabhören, überraschende Steuerprüfung und sogar Mordandrohung eingeschüchtert haben. Auch die DPP drohte ihren Deputierten mit Parteiausschluß, wenn sie bei der Abstimmung die Vereinbarungen beider Parteien nicht unterstützten.⁸ Per Handhebung wurden die neuen Verfassungsänderungen - die vierten seit 1991 - am 18. Juli nach drei Lesungen verabschiedet.

Durch die neuen Verfassungsänderungen wurde die dualistische Struktur des Regierungssystems weiter verstärkt. Auf der einen Seite kann der Staatspräsident ohne die Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan allein den Ministerpräsidenten ernennen, auf der anderen Seite bekam der Gesetzgebungs Yuan ein neues Recht, die Anwendung des Mißtrauensvotums. Im Fall eines Mißtrauensantrages darf der Staatspräsident nach einer Konsultation mit dem Präsidenten des Gesetzgebungs Yuan diesen auflösen. Zwar kann dieser nach der neuen Verfassungsvorschrift statt des Kontroll Yuan gegen den Staatspräsidenten wegen Hoch- oder Landesverrats öffentlich Anklage (Impeachment) erheben, aber dies benötigt einen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder des Hauses. Außerdem kann der Präsident erst entlassen werden, nachdem die Nationalversammlung dem Vorschlag des Gesetzgebungs Yuan mit der Zweidrittelmehrheit aller Deputierten zugestimmt hat.⁹

Deutlich abgeschwächt ist die Position des Ministerpräsidenten. Denn er soll einerseits im Hinblick auf seine Ernennung allein durch den Staatspräsidenten noch mehr von diesem abhängig sein, und andererseits wurde seine politische Verantwortung gegenüber dem Gesetzgebungs Yuan wegen des neuen Rechts auf Mißtrauensvotum verschärft. Er wird buchstäblich zwischen zwei Stühlen sitzen, falls das Präsidialamt und die Mehrheit im Gesetzgebungs Yuan nicht in der Hand von einer Partei liegen.

Verabschiedet in der Nationalversammlung ist auch die „Kaltstellung“ der Provinz. Statt Wahlen werden in Zukunft der Gouverneur wie das Parlament der Provinz von der Zentralregierung ernannt und statt politischer Entscheidungsbefugnis sollen sie nur noch die Funktionen von Konsultation und Koordination haben. Bislang hat die Provinzregierung bei Wahlen auf allen Ebenen eine große Rolle gespielt. Die „Kaltstellung“ der Provinz beginnt zwar erst Ende des kommenden Jahres, doch wird sie die KMT nach allgemeiner Meinung bei den bevorstehenden Kommunalwahlen auf Kreisebene Ende d.J. viele Stimmen kosten. Ferner stieß die „Kaltstellung“ von Song auf breites Unverständnis in der Öffentlichkeit, weil er zuvor immer Li Denghui recht Hand war. Einer von der *Lianhebao* (*United Daily News*) durchgeführten Meinungsumfrage zufolge ist die Popularität Songs unter der Bevölkerung nach der Verabschiedung der neuen Verfassungsänderung von 82% auf 83% gestiegen. Hingegen fiel das Ansehen des Präsidenten Li von 58% auf 54% und des Ministerpräsidenten Lian Zhan von 35% auf 34%.¹⁰ Nach einer anderen demoskopischen Umfrage, die von der taiwanesischen Niederlassung der Firma Louis Harris International im Auftrag der einheimischen Wochenzeitschrift *Shangye Zhoukan* (*Business Weekly*) Ende Juli durchgeführt wurde, wollen 22,6% der 1.084 über 20jährigen Befragten Song ihre Stimme geben, wenn jetzt die Präsidentschaftswahlen stattfinden würden. Ihm folgt der zur DPP gehörende Oberbürgermeister der Hauptstadt Taipei, Chen Shuibian, mit einem Anteil von 19,5%. Li Denghui steht mit 10,1% an dritter und Lian Zhan mit nur 1,8% an sechster Stelle.¹¹ Falls Li im Jahr 2000 tatsächlich bei der Präsidentschaftswahl nicht nochmals kandidiert und Lian und Song gleichzeitig um Lis Nachfolge kämpfen, könnte Chen durchaus der „lachende Dritte“ sein.

Präsident Li Denghui hat am 17. Juli gesagt, daß Taiwan nach der neuen Verfassungsänderung mit einer politischen Stabilität für 30 Jahre rechnen könne.¹² Doch es scheinen im Gegenteil noch weitere Nachbeben in der Politik zu folgen.

⁶Ausführlich dazu siehe C.a., 1997/5, Ü 24.

⁷ZYRB, 13.-16.5.97.

⁸LHB, 15.-18. und 23.7.97; ZYRB, 17.7.97.

⁹Ausführlich zu den neuen Verfassungsänderungen siehe entsprechende Übersicht in diesem Heft.

¹⁰LHB, 19.7.97.

¹¹Ebenda, 8.8.97; CP, 8.8.97

¹²ZYRB, 18.7.97.